



EFRE schafft Arbeitsplätze der Zukunft

Interview mit Bremens Senator für Wirtschaft und Häfen, Ralf Nagel

Frage: Welche Bedeutung hat das EFRE-Programm für die bremische Wirtschaftsförderung?

Senator Nagel: Hinter diesem sperrigen Kürzel steckt die wohl größte Chance für die bremische Wirtschaftsstrukturpolitik. Deshalb lässt sich die Bedeutung gar nicht hoch genug einschätzen. Europa investiert mit diesem Förderprogramm 142 Millionen Euro in Bremen und Bremerhaven. Wenn man die Landesmittel hinzuzählt und das private Kapital, das durch das Programm akquiriert werden kann, stehen bis zum Jahr 2013 insgesamt 322 Millionen Euro zur Verfügung.

Die EU erwartet von uns, dass wir das Programm umfassend der Öffentlichkeit vorstellen, um auch potenzielle Nutznießer auf die Fördermöglichkeiten hinzuweisen. Mit dieser Veröffentlichung wollen wir einen Beitrag zur Transparenz leisten und zugleich beispielhaft Projekte bekannt machen, über deren Förderung bereits entschieden ist.

Frage: Warum investiert Europa in diesem Ausmaß in Bremen?

Senator Nagel: Ziel des Programms ist es, Regionen im wirtschaftlichen Wandel die Möglichkeit zu geben, den wirtschaftlichen Aufholprozess fortzusetzen. Gerade angesichts der leeren bremischen Haushaltskassen sind diese EU-Mittel so bedeutend für uns. Denn die europäische Strukturfondsförderung schafft die Möglichkeit, unsere Innovationsstrategie zum herausragenden politischen Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik zu machen. Die Förderung durch die EU ist hierfür gleichzeitig Voraussetzung, Vertrauensbeweis und Verpflichtung.

Frage: EFRE soll Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Bremen und Bremerhaven stärken. Wie soll das gehen?

Senator Nagel: In Bremen und Bremerhaven gibt es nach wie vor einen hohen Prozentsatz von Arbeitsplätzen in traditionellen Unternehmen, im Hafen, in der Logistik, im

Automobilbau oder in der Stahlindustrie. Das ist auch sehr gut so. Was wir aber intensiv unterstützen müssen, ist der Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in wirtschaftliche Tätigkeit. Oder anders: Ich möchte eine wissenschaftsbasierte Wirtschaftspolitik machen. Hier haben Bremen und Bremerhaven mit den hervorragenden wissenschaftlichen Einrichtungen ein Pfund, mit dem wir in der Wirtschaftsförderung noch viel mehr wuchern können.

Ich nenne beispielhaft die maritimen Technologien, das Erforschen und Produzieren von neuen Materialien oder die Förderung von Umwelttechnologie und Windenergie. Hier wird in den Hochschulen und Universitäten im Land Bremen an globalen Menschheitsthemen geforscht und für die Wirtschaft kann dies wertvolle Zukunftsmärkte erschließen. Hier muss eins zum anderen passen und dabei wird die Förderung aus EU-Mitteln ein zentrales Instrument sein. Oder anders: Mit EFRE schaffen wir in Bremen und Bremerhaven die Arbeitsplätze der Zukunft.



Weitere Informationen, Ansprechpartner

Weitere Informationen über das EFRE-Programm Bremen 2007 – 2013 sowie über die bisherige Förderung aus dem EFRE im Bundesland Bremen erhalten Sie auf unserer Internetseite:

www.efre-bremen.de

Dort finden Sie in Kürze auch eine Übersicht der fachlich zuständigen Ansprechpartner für die einzelnen Förderbereiche des Programms. Anhand dieser Übersicht bekommen Sie die Kontaktdaten der Stellen, an die Sie sich wenden können, wenn Sie Projektanträge stellen möchten.

Ansprechpartner für allgemeine Fragen zum Programm sind:

- Thomas Schwender, Telefon 0421 361 2574
- Ulrike Krumsee-Budde, Telefon 0421 361 8443
- E-Mail: info@efre-bremen.de

EFRE-Programm Bremen 2007 – 2013

Das Bundesland Bremen erhält auch in der Förderperiode 2007 – 2013 Mittel aus den europäischen Strukturfonds. Im Rahmen des „Operationellen Programms EFRE Bremen 2007 – 2013“ wurden 142 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die zwei Städte Bremen und Bremerhaven bewilligt. Die europäischen Mittel müssen durch nationale Mittel ergänzt werden. Erstmals werden in die Finanzierung des Bremer EFRE-Programms 2007 – 2013 auch private Mittel einbezogen. Insgesamt stehen mit diesen nationalen Kofinanzierungsmitteln (ca. 101 Mio. Euro öffentliche Mittel und gut 78 Mio. Euro private Mittel) knapp 322 Mio. Euro für die Umsetzung des Programms zur Verfügung.

Für die Erstellung des EFRE-Programms wurde die Ausgangslage im Land Bremen anhand ökonomischer, sozialer und ökologischer Kriterien bewertet. Auf Grundlage dieser Ergebnisse wurden die Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken des Landes Bremen ermittelt und gegenübergestellt. Hieraus wurde eine Förderstrategie entwickelt, mit der Bremen als Region eine stärkere Wettbewerbsfähigkeit entwickeln soll und so die Produktivität sowie die Erwerbstätigenquote erhöhen kann.

Die wirtschaftspolitischen Handlungsbedarfe bestehen vor allem in den Bereichen Investition und Innovation sowie im Themenfeld Stadtstruktur.

Der thematische und finanzielle Schwerpunkt des Programms wird dabei auf der Weiterentwicklung und Umsetzung der bremischen regionalen Innovationsstrategie (Stichwort Programm „InnoVision 2010“) liegen.

Stichwort Programm „InnoVision 2010“, Bremische Innovationsstrategie

Mit der Umsetzung des Landesprogramms „InnoVision 2010“ setzt sich Bremen zum Ziel bis 2010 einer der 10 bedeutendsten Technologiestandorte Deutschlands zu werden. Diese Zielsetzung greift die europäische „Lissabon-Strategie“ auf. Die Europäische Union hat sich mit der sogenannten Lissabon-Strategie zum Ziel gesetzt, Europa zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu entwickeln.

Die 3 wesentlichen Säulen des Programms InnoVision 2010

- Stärkung von bestehenden und Förderung von neuen Kompetenzclustern in Innovationsfeldern
- Ausbau von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten und entsprechende Ausbildungsgänge in anwendungsnahen Schwerpunkten
- Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen zur Förderung von Innovationen

Die Förderstrategie des Bremer EFRE-Programms 2007 – 2013 sieht zum Einen vor, dass ein Wissens- und Technologietransfer in der Region unterstützt wird und die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und der Wirtschaftsstruktur insgesamt gestärkt wird. Zum Anderen sollen wettbewerbsfähige Stadtstrukturen gesichert und gestärkt werden. Insgesamt geht es darum, die Städte Bremen und Bremerhaven sowohl für Unternehmen als auch für BürgerInnen und Gäste der Städte attraktiver zu machen.

Zur konkreten Umsetzung der Förderstrategie wurden zwei sogenannte „Prioritätsachsen“ (inhaltliche Schwerpunkte) benannt, die sich jeweils in verschiedene thematische Förderbereiche aufgliedern. In diese Programmstruktur werden die einzelnen Projekte eingefügt.

Nachfolgend eine kurze inhaltliche Darstellung der Programmstruktur

Prioritätsachse 1: Wachstum fördern – Innovationen und Wissen voranbringen

Innerhalb des Förderbereiches „**Innovative Technologien**“ werden innovative Technologien und deren Entwicklung – auch in Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes gefördert.

Im Förderbereich „**Wissens- und Technologietransfer**“ soll die Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft weiter ausgebaut und ein Wissens- und Technologietransfer erleichtert werden. Dazu sollen die Technologie- und Gründerzentren gezielt weiterentwickelt und gestärkt werden. Netzwerke zum Austausch von Erfahrungen und Kompetenzen sollen zu einem aktiven Wissensmanagement beitragen.

Mit den im Förderbereich „**Betriebliche Leistungs- und Anpassungsfähigkeit**“ eingesetzten Förderinstrumenten sollen die bremischen Unternehmen in ihrer Anpassungsfähigkeit an immer kürzer werdende Innovationszyklen unterstützt und ihre Leistungsfähigkeit für die Durchsetzung von Innovationen am Markt gesteigert werden. Dazu setzt der Förderbereich an zwei Punkten an: zum Einen sollen die mit dem demographischen Wandel verbundenen Herausforderungen (z.B. höhere Erwerbsbeteiligung von älteren Beschäftigten, steigende Erwerbstätigkeit von Frauen) als Chancen verstanden und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen genutzt werden. Zum Anderen sollen Unternehmen und Belegschaften

generell für die Notwendigkeit des technologischen Wandels, des ständigen Überprüfens der Produktionsstrukturen sensibilisiert und in die Lage versetzt werden, diesen Wandel aktiv zu gestalten. Über diese Verbesserung der betrieblichen Leistungs- und Anpassungsfähigkeit soll eine höhere Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erreicht werden, die wiederum zur Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen führt.

Der Förderbereich „**Betriebliche Investitionsförderung**“ stellt einen wichtigen Baustein insbesondere im Zusammenhang mit der Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen im Land Bremen dar. Ziel der Förderung ist die Neuschaffung bzw. Sicherung von wettbewerbsfähigen Dauerarbeitsplätzen, die Stärkung und Weiterentwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie die Veränderung zu mehr Vielfalt (Diversifizierung) in der Wirtschaftsstruktur.

Prioritätsachse 2: Städtische Wirtschafts- und Lebensräume aktivieren

Im Förderbereich „**Stadtteilzentren- und Quartiersentwicklung**“ geht es gezielt darum, in einzelnen Stadtteilen auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen hinzuwirken und so zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation beizutragen. Hier kann es z.B. um städtebauliche Erneuerungen, Attraktivierung von Grün- und Freiflächen, Netzwerkbildung von Stadtteilakteuren sowie die Unterstützung der Selbstorganisation der lokalen Händler und Dienstleister gehen.

Im Förderbereich „**Entwicklung von städtischen Wirtschaftsräumen mit besonderen Potenzialen**“ sollen Wirtschaftsräume mit besonderen Potenzialen weiterentwickelt werden, sodass Unternehmen und innovative Dienstleister bessere räumliche Rahmenbedingungen erhalten und die Kommunikation und Kooperation zwischen Unternehmen und Wissenschaft weiter gefördert wird. Kennzeichnend für die städtischen Wirtschaftsräume mit besonderen Potenzialen (z.B. Technologiepark Bremen oder Überseestadt) ist eine räumlich und inhaltlich enge Verbindung zwischen den Forschungs- und Wissenschaftskapazitäten und den innovativen Unternehmen im Land Bremen, allerdings sind diese Räume im Hinblick auf städtisches Leben oftmals unzureichend entwickelt.

In diesem Förderbereich sind z.B. Projekte vorgesehen, die zur Entwicklung eines attraktiven Freizeit-, Kultur- und Naherholungs- sowie Nahversorgungsangebots

beitragen, ebenso wie ein qualifiziertes Grundstücksflächenmanagement oder ein gezieltes Standortmarketing.

Im Förderbereich „**Profilierung der Städte Bremen und Bremerhaven**“ sind zwei Stärken Bremens aufgegriffen worden, die durch die Förderung von einzelnen Projekten stärker ausgebildet werden sollen: zum Einen die Lage der Städte am Fluss, zum Anderen die Wissenschaft als Standortfaktor.

Es ist beabsichtigt, die Naturpotenziale an der Weser für Stadtbewohner und Besucher stärker erlebbar zu machen, den Zugang zu den Uferbereichen zu verbessern und eine neue Infrastrukturen für nachhaltigen Tourismus zu schaffen. Des Weiteren soll der Dialog zwischen Gesellschaft und Wissenschaft gefördert werden, um das öffentliche Verständnis von Wissen(schaft) (auch: Public Understanding of Science) und auch die Vermittlung von Wissen zu erhöhen.

Das Bremer EFRE-Programm wurde unter Mitwirkung der Senatorin für Bildung und Wissenschaft, der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales sowie des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa erstellt und wird vom Senator für Wirtschaft und Häfen verantwortlich umgesetzt.

Bevor der Programmwurf zur Genehmigung bei der Europäischen Kommission eingereicht wurde, prüften externe Gutachter, ob die strategische Ausrichtung und Zielsetzung des Programms die beabsichtigten Wirkungen verspricht. Die Bewertung des Programmwurfs war positiv.

Finanztabelle

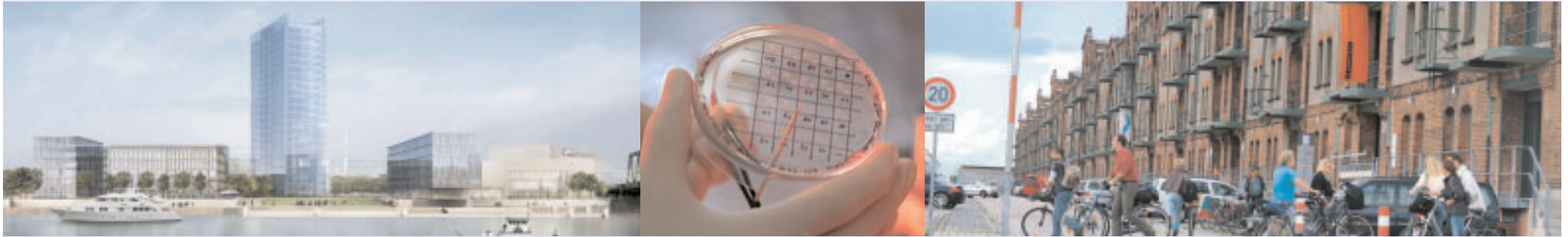
in Euro

Prioritätsachse	Gemeinschaftsbeteiligung	Nationale öffentliche Mittel	Nationale private Mittel	Mittel insgesamt	Beteiligungssatz
	(a)	(b)	(c)	(d)=(a)+(b)+(c)	(e)=(a)/(d)
Prioritätsachse 1: Innovation und Wissen voranbringen	94.800.000	55.510.000	76.990.000	227.300.000	41,71
Prioritätsachse 2: Städtische Lebens- und Wirtschaftsräume aktivieren	45.000.000	43.500.000	1.500.000	90.000.000	50,00
Technische Hilfe	2.206.631	2.206.631	0	4.413.262	50,00
Gesamt	142.006.631	101.216.631	78.490.000	321.713.262	44,14



Sowohl an der Erstellung des Programms als auch an seiner Umsetzung sind Vertreter der Bremer Wirtschafts- und Sozialpartner beteiligt.

Das vollständige Programm finden Sie unter: www.efre-bremen.de



Die europäische Regionalpolitik

Warum gibt es eine europäische Regionalpolitik?

Die Europäische Union besteht aus 27 Mitgliedstaaten, die einen Binnenmarkt und eine Gemeinschaft aus 493 Millionen Bürgern bilden. Zwischen den einzelnen Staaten und zwischen ihren 268 Regionen bestehen jedoch große wirtschaftliche und soziale Unterschiede.

Das Ziel der europäischen Regionalpolitik besteht darin, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union zu stärken, indem die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen verringert werden. Hierzu wurden die europäischen Strukturfonds ins Leben gerufen, die den Regionen eine Förderung im Rahmen bestimmter Ziele gewährleisten.

Die Strukturfonds

Der **Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)** finanziert Infrastrukturen hauptsächlich in den am wenigsten entwickelten Regionen, lokale Entwicklungsprojekte, Unterstützung für wirtschaftlichen Wandel und Wettbewerbsfähigkeit sowie für territoriale Zusammenarbeit innerhalb der Union. Forschung, Innovation und Umweltschutz haben Vorrang.

Der **Europäische Sozialfonds (ESF)** fördert Maßnahmen, die die Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen erhöhen und den Zugang zu Beschäftigung sowie die Partizipation am Arbeitsmarkt verbessern.

Der ESF fördert Maßnahmen zur sozialen Eingliederung durch die Bekämpfung von Diskriminierungen und die Vereinfachung des Zugangs behinderter Menschen zum Arbeitsmarkt. Der ESF unterstützt Partnerschaften für Reformen im Bereich Beschäftigung und soziale Eingliederung.

Die Zielsetzung wurde im Laufe der Jahre der europäischen Regionalpolitik immer wieder neu ausgerichtet. Das Land Bremen wird in der Förderperiode 2007 – 2013 im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ gefördert.

Die Ziele

Das sogenannte Ziel „**Konvergenz**“ fördert die am wenigsten entwickelten Mitgliedstaaten und Regionen um eine Annäherung an den EU-Durchschnitt hinsichtlich des Brutto-Inland-Produkts pro Kopf zu erreichen. Konvergenzregionen haben niedrige Beschäftigungsquoten sowie ein Brutto-Inlands-Produkt pro Kopf, das unter 75% des Gemeinschaftsdurchschnitts liegt.

Außerhalb der Konvergenzregionen wird mit dem Ziel „**Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung**“ der Versuch unternommen, sowohl die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität von Regionen als auch die Beschäftigung durch einen zweifachen Ansatz zu verbessern.

1) Entwicklungsprogramme unterstützen die Regionen beim vorausschauenden Erkennen und bei der Förderung von wirtschaftlichen Veränderungen durch Innovation und durch die Förderung der Wissensgesellschaft, der unternehmerischen Initiative, des Umweltschutzes und des Zugangs zur Umwelt. 2) Die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen wird durch Anpassungen des Personals und Investitionen in die Humanressourcen gefördert.

Im Rahmen des Ziels „**Europäische territoriale Zusammenarbeit**“ wird eine Stärkung a) der grenzübergreifenden Zusammenarbeit durch gemeinsame lokale und regionale Initiativen, b) der transnationalen Zusammenarbeit mit dem Ziel einer integrierten territorialen Entwicklung und c) der interregionalen Zusammenarbeit sowie des Erfahrungsaustauschs angestrebt.

Die europäische Regionalpolitik hilft dabei Projekten zu Gunsten der Regionen, der Städte und ihrer Bürger zu finanzieren. So soll in den Regionen mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit erreicht und zugleich Ideen und „gute Praktiken“ ausgetauscht werden. Dabei dürfen die europäischen Gelder nicht anstelle der nationalen Gelder eingesetzt werden, sondern sollen zusätzlich zu den nationalen Mitteln zur Verfügung stehen. So werden Projekte ermöglicht, die ohne die europäischen Mittel nicht finanzierbar gewesen wären.

Wie funktioniert die europäische Regionalpolitik?

1. Über den Haushalt der Strukturfonds und die Grundregeln für ihre Verwendung entscheiden der Rat und das Europäische Parlament auf der Grundlage eines Vorschlags der Europäischen Kommission.

2. In enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten schlägt die Kommission „Die gemeinschaftlichen Leitlinien zur Kohäsion“ vor. Diese Leitlinien gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten ihre Programmplanungen nach den Prioritäten der Europäischen Union ausrichten.

3. Auf dieser Grundlage arbeitet jeder Mitgliedstaat – in enger Abstimmung mit der Europäischen Kommission – einen eigenen „Nationalen strategischen Rahmenplan“ aus. Der Rahmenplan legt die von dem Mitgliedstaat gewählte Strategie fest und beinhaltet eine Liste von „Operationellen Programmen“, die er durchführen möchte.

4. Die Mitgliedstaaten / Regionen (in Deutschland die Bundesländer) schreiben in Anlehnung an den nationalen strategischen Rahmenplan Programme, in denen sie ihre Ziele und die Wege dahin darstellen.

5. Die Europäische Kommission genehmigt die einzelnen nationalen strategischen Rahmenpläne sowie jedes Operationelle Programm.

6. Dann müssen der Mitgliedstaat und seine Regionen Projekte auswählen, durchführen und bewerten. Für jedes Operationelle Programm wird eine sogenannte „Verwaltungsbehörde“ benannt, die für die Gesamtumsetzung des Programms die Verantwortung trägt.

7. Während des gesamten Programmzeitraums berichtet die Verwaltungsbehörde an die Europäische Kommission über den Umsetzungsstand des Programms.

8. Die Projekte, die im Rahmen der Programme der Förderperiode 2007 – 2013 umgesetzt werden, müssen spätestens bis zum 31.12.2015 abgeschlossen und abgerechnet werden. Die Verwaltungsbehörde muss der Europäischen Kommission bis zum 31. März 2017 einen Abschlussbericht über das jeweilige Operationelle Programm vorlegen. Der Abschlussbericht muss von der Europäischen Kommission genehmigt werden.

Europäische Regionalpolitik in Bremen

Das Land Bremen erhält im Rahmen des Ziels Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sowohl eine Förderung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) als auch eine Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

Das Bremer EFRE-Programm 2007 – 2013 fördert Maßnahmen, die vor allem der Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit dienen und wird durch den Senator für Wirtschaft und Häfen (Verwaltungsbehörde) umgesetzt.

Das Bremer ESF-Programm 2007 – 2013, umgesetzt durch die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, fördert vorrangig Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen.

Informationen zum ESF-Programm Bremen 2007 – 2013 erhalten Sie auf der Internetseite www.esf-bremen.de

Weitere Informationen unter www.efre-bremen.de

Umgestaltung Obere Schlachte – Fangturm bis Diepenau

Das zentrale Schlüsselprojekt der kommenden Jahre für die Bremer Innenstadtentwicklung ist die Umsetzung des Medienquartiers im Stephaniviertel. Durch die Ansiedlung von Radio Bremen und der Volkshochschule bietet sich die einmalige Chance zu einer seit langem stadtentwicklungspolitisch gewünschten Aufwertung des gesamten Quartiers unter dem Thema Medienquartier mit einer Mischung aus Dienstleistungen, Einzelhandel, Gastronomie, Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie Wohnen.



Die Umgestaltung der Oberen Schlachte zwischen Fangturm und Diepenau ist ein wesentlicher Baustein zur weiteren Entwicklung des Medienquartiers Stephani. Zeitnah zur Eröffnung des neuen Standortes von Radio Bremen im September 2007 soll hier der Umbau als wichtiges Bindeglied zur Überseestadt realisiert werden.

Das Medienquartier Stephaniviertel wird so eine Verbindung zwischen dem Bremer Westen und dem Kernbereich der Innenstadt entlang der Achse Überseestadt – Dovenor – Oberstraße – Ostertor übernehmen.

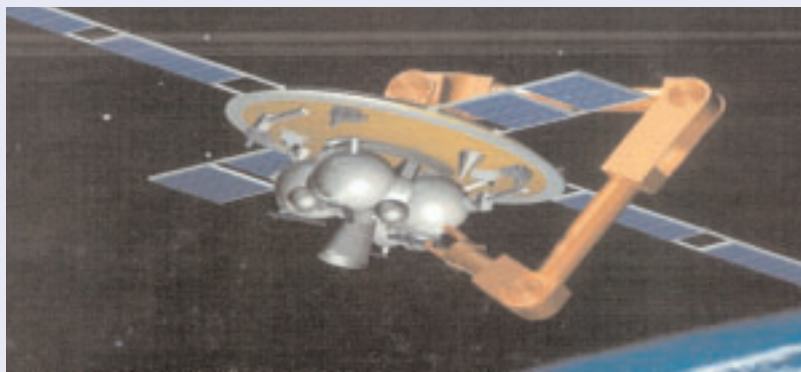
Die Baufertigstellung ist für Februar 2008 vorgesehen.

Institut für Raumfahrtsysteme des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt Bremen

Im Januar 2007 wurde das Institut für Raumfahrtsysteme des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt in Bremen gegründet, um das bestehende Programm des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) um neue, strategisch relevante Forschungsbereiche zu erweitern. In enger Zusammenarbeit mit der Industrie und anderen Forschungseinrichtungen in Bremen und weltweit wird das Institut komplexe Raumfahrtsysteme und -missionsszenarien entwerfen, analysieren und bewerten. In dem neuen Institut werden Systemansätze und

Technologieentwicklung in konkreten Projekten zusammengeführt und kooperativ mit Forschung und Industrie umgesetzt

Der Standort Bremen wird durch das neue Institut nachhaltig gestärkt, indem die bremische Industrie eine kompetente Unterstützung durch den neuen Partner in ihren Forschungs- und Entwicklungsarbeiten erhält. Die Neugründung passt sich in die Strategie Bremens ein, sich zur „Modellregion Raumfahrt für Deutschland in Europa“ zu entwickeln.



Förderung der Gründung des Instituts für marine Ressourcen – imare – in Bremerhaven

Das Land Bremen verfügt heute über eine exzellente maritime Forschungslandschaft mit hohem meereswissenschaftlichem Potenzial sowie ein breites unternehmerisches Spektrum in der maritimen Wirtschaft Bremerhavens und Bremens.

Das neu gegründete Institut für marine Ressourcen (imare), das in der Pilotphase zunächst in der Hochschule Bremerhaven angesiedelt ist, soll in Zusammenarbeit von Wissenschaftlern des Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI) mit der Hochschule Bremerhaven technologische Anwendungen aus der Grundlagenforschung entwickeln und gemeinsam mit regionalen Unternehmen in

Produkte umzusetzen. Ziel ist sowohl die Verbesserung der ökonomischen Strukturen als auch die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

imare versteht sich als Brücke zwischen Idee und Innovation. Im Vordergrund steht dabei die Entwicklung marktfähiger Innovationen. Hierfür befinden sich bereits unterschiedliche Projekte in der Umsetzung, so zum Beispiel „AquaFAMOS“ mit Schwerpunkt auf der Überwachung von Aquakulturen, Gewässern und Abwässern mit moderner online-Sensorik. imare soll einen nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Bremerhaven bewirken.

Luftfahrt-Vorhaben „CFK-INTEGRAL“

In der Region Bremen ist der Luftfahrzeugbau mit etwa 10.600 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von rund 0,8 Mrd. Euro traditionell eine der Schlüsselindustrien. Zusammen mit dem Raumfahrzeugbau trägt der Luftfahrzeugbau maßgeblich zur Entwicklung Bremens als Hochtechnologie-Standort bei. Er ist darüber hinaus zu einem der wichtigsten bremischen Image-träger geworden.

Die Hauptzielsetzungen dieses für den Technologie- und Luftfahrtstandort Bremen äußerst bedeutsamen Vorhabens basieren auf dem weltweit zunehmenden Wettbewerbsdruck im Flug- und gesamten Fahrzeugbau, Gewicht sparen zu müssen.

Neueste Entwicklungen der Fertigungstechnik bei der Verwendung von Kohlenstofffaserverstärktem Kunststoff (CFK), dem im Flugzeugbau auf Grund seines vergleichsweise niedrigen Gewichts eine stark zunehmende Bedeutung zuzuordnen ist, sowie darauf abgestimmte Konstruktionen und Bauweisen ermöglichen eine neue Generation hochintegraler Bauteile aus CFK. Die hochintegrale Bauweise – also praktisch aus „einem Guss“ – führt zu einer drastischen Reduzierung der Anzahl von Einzelteilen. Es kann somit signifikant günstiger gefertigt werden. Außerdem können deutlich leichtere Bauteilstrukturen eingesetzt werden.

Diese Möglichkeiten gilt es, für bremische Unternehmen zu erschließen und damit diese Unternehmen technologisch zukunftsicherer auszurichten.

Nachdem das europaweite Airbus-Konsortium Ende 2006 die Entscheidung für die Entwicklung und den Bau des A 350 gefällt hat, hat sich die bremische Airbus-Leitung auf dieser Basis entschlossen, die Ausdehnung der Landeklappen-Aktivitäten im Bremer Werk in Richtung hochintegraler Bauteile einzuleiten. Vor diesem Hintergrund wird eine grundlegende Kooperation mit dem Faserinstitut Bremen e. V. (FIBRE) als einem der interessantesten Entwicklungspartner im Rahmen von CFK-bezogenen Aktivitäten in Bremen angestrebt. Hinzu kommen die in Bremen angesiedelten Unternehmen ThyssenKrupp Krause und ThyssenKrupp Nothelfer, die ihr Tätigkeitsspektrum auf die Luftfahrtindustrie ausweiten wollen, sowie der Bremer Mittelständler Haindl Kunststofftechnik, der bereits über CFK-Kenntnisse und -Fertigkeiten verfügt.

Im Projekt geht es schwerpunktmäßig darum, drei neue Landklappen-Fertigungsverfahren zu untersuchen und auszulagern. Unter Einsatz von Simulationsmethoden der digitalen Fabrikplanung sollen Prozessketten frühzeitig verglichen und optimiert werden.

